

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich

vom 12. September 2018

773.

Schriftliche Anfrage von Simone Brander betreffend Entsorgung von Grünabfall mittels Grüncontainer, Situation für die Mieterinnen und Mieter der städtischen Liegenschaften sowie mögliche Massnahmen zur vermehrten Bereitstellung von Grüncontainern

Am 20. Juni 2018 reichte Gemeinderätin Simone Brander (SP) folgende Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2018/242, ein:

Die Entsorgung von Grünabfall mittels Grüncontainer ist ein grosses Bedürfnis der Bevölkerung und der Gewerbetreibenden und ökologisch sinnvoll. Dafür muss durch die Hauseigentümerschaft ein entsprechendes Abonnement mit ERZ Entsorgung + Recycling Zürich abgeschlossen werden. Vielfach besteht aber kein solches Abonnement und insbesondere Küchenabfälle und Speiseresten müssen gezwungenermassen mit dem herkömmlichen Abfall entsorgt werden und werden keiner Wiederverwertung zugeführt. Besonders ärgerlich ist es, wenn es sich dabei um Liegenschaften im Besitz der Stadt Zürich handelt. So gibt es Mieter*innen von städtischen Liegenschaften, die sich seit längerem ein Bioabfall-Abo wünschen, jedoch keinen Grüncontainer von ERZ erhalten.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele städtische Liegenschaften verfügen über einen Grüncontainer, wie viele nicht? Weshalb gehört bei städtischen Liegenschaften ein Grüncontainer nicht zum Standard?
2. Wie stellt sich der Stadtrat zur Tatsache, dass nicht alle Mieter*innen in städtischen Liegenschaften die Möglichkeit erhalten, ihren Bioabfall in einem Grüncontainer zu entsorgen?
3. Was sind die Gründe dafür, dass nicht alle Mieter*innen von städtischen Liegenschaften die Möglichkeit erhalten, ihren Bioabfall in einem Grüncontainer zu entsorgen?
4. Sieht der Stadtrat Vorteile, wenn Mieter*innen von städtischen Liegenschaften künftig vermehrt ihren Bioabfall in einem Grüncontainer entsorgen könnten?
5. Ist der Stadtrat bereit, Massnahmen zu ergreifen, um in den städtischen Liegenschaften das Entsorgen von Bioabfall mit Grüncontainern vermehrt zu ermöglichen?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 («Wie viele städtische Liegenschaften verfügen über einen Grüncontainer, wie viele nicht? Weshalb gehört bei städtischen Liegenschaften ein Grüncontainer nicht zum Standard?»):

Die Liegenschaftenverwaltung der Stadt Zürich hat für 636 Liegenschaften 212 Bioabfallabonnemente mit ERZ Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) abgeschlossen. Damit werden rund 6200 Wohnungen erschlossen, dies bei einem Gesamtbestand von 9202 Wohnungen (Stand 31. Dezember 2017). Ebenfalls erschlossen sind auf diesem Weg Gewerbebetriebe, die in Wohnliegenschaften eingemietet sind. Grosse Gewerbenieterinnen wie etwa Grossverteiler verfügen über eigene Entsorgungskonzepte. Die Abonnementszahl ist leicht steigend, weil durch bauliche Massnahmen zusätzliche Liegenschaften erschlossen werden konnten. Andererseits mussten einige Abonnemente gekündigt werden bzw. wurden durch ERZ gekündigt, weil der angelieferte Bioabfall stark mit Fremdstoffen wie Plastik verschmutzt war und sich dessen Qualität auch durch verschiedene Kommunikationsmassnahmen nicht verbessern liess (siehe dazu Antwort auf Frage 4).

Städtische Wohnliegenschaften werden standardmässig mit Bioabfallcontainern ausgerüstet, wenn sich dafür mit baulichen Massnahmen Platz schaffen lässt, die Wohnqualität in einzelnen Wohnungen nicht durch Geruchsemissionen verschlechtert wird und die Qualität des Abfalls gewährleistet werden kann.

Mieterinnen und Mieter von städtischen Restaurants sind selber für die Entsorgung von Küchenabfällen und Speiseresten verantwortlich; hier verzichtet die Liegenschaftenverwaltung darauf, Abonnements für sie abzuschliessen. Die Entsorgung solcher Abfälle ist jedoch Teil des Betriebskonzepts, das Interessentinnen und Interessenten im Rahmen einer Neuausschreibung einreichen müssen. Neuere Betriebe wie die kürzlich vermietete Café-Bar am

Helvetiaplatz verfügen über Entsorgungsräume mit Kühlung, was Geruchsemissionen mindert. Ausserdem ist heute vielen Gastronominnen und Gastronomen bewusst, dass es sich auch unternehmerisch lohnt, (Bio-)Abfälle gar nicht erst entstehen zu lassen. So bieten sie z. B. auf der Speisekarte Portionen verschiedener Grösse an oder organisieren den Einkauf so, dass weniger Abfall entsteht.

Zu Frage 2 («Wie stellt sich der Stadtrat zur Tatsache, dass nicht alle Mieter*innen in städtischen Liegenschaften die Möglichkeit erhalten, ihren Bioabfall in einem Grüncontainer zu entsorgen?»):

Die Liegenschaftenverwaltung wurde bereits bei der Einführung der Bioabfallsammlung 2013 angewiesen, mit baulichen Massnahmen die Entsorgung des Bioabfalls zu ermöglichen. Besondere Umstände wie die Platzknappheit in der Altstadt, denkmalpflegerische Überlegungen oder örtliche Gegebenheiten, die dazu führen, dass Container nur in unmittelbarer Nähe zu Wohnungsfenstern aufgestellt werden können, sind jedoch weder mit organisatorischen noch baulichen Massnahmen zu eliminieren. Sie führen notgedrungen dazu, dass nicht alle städtischen Liegenschaften mit Bioabfallcontainern ausgerüstet werden können.

Zu Frage 3 («Was sind die Gründe dafür, dass nicht alle Mieter*innen von städtischen Liegenschaften die Möglichkeit erhalten, ihren Bioabfall in einem Grüncontainer zu entsorgen?»):

Siehe Antwort auf Frage 2.

Zu Frage 4 («Sieht der Stadtrat Vorteile, wenn Mieter*innen von städtischen Liegenschaften künftig vermehrt ihren Bioabfall in einem Grüncontainer entsorgen könnten?»):

Im Stadtratsbeschluss Nr. 503/2010 («Sammlung und Verwertung von Grüngut, Beteiligung an der Biogas Zürich AG») hat der Stadtrat die Vorteile der Sammlung und Verwertung von Bioabfall erläutert: Diese leiste «zusammen mit der Aufbereitung und Einspeisung des Biogases einen wichtigen Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft. Sie erlaubt die Gewinnung erneuerbarer Energien, eine Steigerung der Energieeffizienz und unterstützt die Vorbildfunktion der Stadt Zürich sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung zum Schutz von Ressourcen». Aus diesen Gründen befürwortet es der Stadtrat, wenn möglichst viele Mieterinnen und Mieter städtischer Wohnungen ihren Bioabfall in einem Bioabfallcontainer entsorgen können. In der Antwort auf die Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2018/81, hat der Stadtrat zudem darauf hingewiesen, dass es für die Auslastung des Vergärwerks günstig wäre, *«wenn noch mehr Küchenabfall und Speisereste verwertet werden könnten, da diese einen bis zu 50 Prozent höheren energetischen Nutzen aufweisen als Garten- und Pflanzenabfall»*.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass die Liegenschaftenverwaltung 2017 in Zusammenarbeit mit ERZ das Potenzial von rund 130 noch nicht mit Bioabfallcontainern ausgerüsteten Liegenschaften analysierte und in der Folge nochmals 28 Liegenschaften mit solchen Containern erschliessen konnte.

Zusätzlich werden, ebenfalls in Zusammenarbeit mit ERZ, Massnahmen ergriffen, um zu verhindern, dass Bioabfallabonnements für Liegenschaften gekündigt werden müssen, die zu stark mit Fremdstoffen verschmutzten Bioabfall liefern. So werden Standaktionen durchgeführt, Flyer abgegeben, und Kinder werden an Siedlungsfesten spielerisch auf die Thematik aufmerksam gemacht. Leider zeigen solche Massnahmen in der Regel wenig oder höchstens eine kurzfristige Wirkung.

Zu Frage 5 («Ist der Stadtrat bereit, Massnahmen zu ergreifen, um in den städtischen Liegenschaften das Entsorgen von Bioabfall mit Grüncontainern vermehrt zu ermöglichen?»):

Wie in der Antwort auf Frage 4 erwähnt, begrüsst es der Stadtrat, wenn möglichst viele städtische Mieterinnen und Mieter ihren Bioabfall in einem Bioabfallcontainer entsorgen können. Zurzeit stehen zwei Massnahmen, die diesem Ziel dienen, im Zentrum der Überlegungen. Zum einen soll zusätzlicher Raum für Bioabfallcontainer geschaffen werden. Zum anderen bietet ERZ gegen einen Aufpreis ab 2019 von Mitte Dezember bis Ende Februar wöchentliche statt

zweiwöchentliche Leerungen an. Diese Massnahmen tragen dazu bei, dass Geruchsemissionen reduziert und zusätzliche Standorte für Bioabfallcontainer erschlossen werden.

Vor dem Stadtrat

die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cuche-Curti